

Nicolas J. S. Davies und Medea Benjamin befürchten, dass Joe Biden als US-Präsident noch mehr Kriege anzetteln und ein neues Wettrüsten in Gang setzen würde und kritisieren auch die Politik seiner Vorgänger.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 068/20 – 28.08.20

Joe Bidens überhebliche Forderung nach Vorherrschaft der USA

Die außenpolitischen Vorstellungen des ehemaligen US-Vizepräsidenten sind nicht mit einer multipolaren Welt vereinbar, in der die USA ihren Platz finden müssen

Von Nicolas J. S. Davies und Medea Benjamin

Information Clearing House, 24.07.20

(<http://www.informationclearinghouse.info/55390.htm>)

In einem Artikel im Magazin *Foreign Affairs* mit dem Titel "Why America Must Lead Again" [Warum die USA wieder führen müssen, s. <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2020-01-23/why-america-must-lead-again>] hat Joe Biden bereits im März ausgeführt, "dass sich die Welt nicht allein organisieren" könne, und versprochen, "den USA wieder den Spitzenplatz unter den Staaten der Welt zu sichern".

Bidens Versprechen, den USA gerade jetzt wieder die führende Position in der Welt verschaffen zu wollen, ist angesichts der globalen Realität völlig illusorisch. Wenn wir US-Amerikaner weitere endlose Kriege und ein uns noch mehr ausblutendes neues Wettrüsten verhindern wollen, müssen wir uns ihm in den Weg stellen.



In Bidens Artikel war das obige Bild von der Beschießung einer afghanischen Stadt mit schwerer Artillerie eingefügt, das US-Soldaten während der von Obama vollzogenen Eskalation des Afghanistan-Krieges im Juni 2011 zeigt.

In einer Analyse, die am 30. Juni von *Defense One* [s. <https://www.defenseone.com/ideas/2020/06/what-if-biden-wins/166559/>] veröffentlicht wurde und sich auf Interviews mit Dutzenden von Biden-Vertrauten stützt, wird festgestellt, Bidens außenpolitische Vorstellungen hätten den militärisch-industriellen Komplex beruhigt, der wegen des wachsenden Einflusses progressiver Demokraten besorgt gewesen sei.

In diesem Artikel ist zu lesen: "Biden wird weder die US-Militärpolitik radikal verändern, noch den (unter Trump beschlossenen) Militärhaushalt von 700 Milliarden Dollar kürzen."

Diese Vorhersage wird durch Bidens Verhalten als Senator und Vizepräsident bestätigt. Biden hat nur einmal gegen einen von den USA angezettelten Krieg gestimmt – den ersten Golfkrieg 1991. Damals ist er aber nur der Parteilinie gefolgt, denn 45 der 55 demokratischen Senatoren haben den Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak zugunsten der kuwaitischen Königsfamilie abgelehnt [s. dazu auch https://www.senate.gov/legislative/LIS/roll_call_lists/roll_call_vote_cfm.cfm?congress=102&session=1&vote=00002].

Aus seiner Ablehnung scheint Biden aber nur eine perverse Lehre gezogen zu haben, denn er hat sie später bedauert [s. <https://www.washingtonpost.com/politics/2020/02/18/biden-afghanistan-military-power/?arc404=true>] und nie wieder gegen einen Krieg gestimmt. Den 1999 in den Kongress eingebrachten Gesetzentwurf zur Anwendung militärischer Gewalt im Konflikt um das Kosovo hat er sogar selbst verfasst. Der hat mit 213 gegen 213 Stimmen zwar keine Mehrheit gefunden [s. <https://www.govtrack.us/congress/votes/106-1999/h103>], die USA und die NATO haben Jugoslawien aber trotzdem angegriffen und damit sowohl gegen US-Recht als auch gegen das Völkerrecht verstoßen [s. <https://www.alternet.org/2020/07/key-us-ally-indicted-for-organ-trade-murder-scheme/>].

Als die Bombenangriffe eskaliert wurden, Tausende von Zivilisten starben, große Teile der zivilen Infrastruktur vom Kosovo bis Belgrad zerstört wurden [s. <http://global-politics.eu/civilian-casualties-natos-war-yugoslavia/>] und UN-Generalsekretär Kofi Annan den USA und der NATO vorwarf, ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates Krieg zu führen und "die Welt auf einen gefährlichen Weg in die Anarchie gebracht zu haben", empörte sich Senator Biden: "Im Senat stimmt niemand mit Annan überein. Es gibt nichts zu debattieren. Er ist (so gut wie) tot, hat nichts mehr zu sagen und liegt völlig falsch." [s. <https://www.ny-sun.com/editorials/a-kosovo-democrat/84514/>]

Auch im Propaganda-Blitzkrieg vor dem Überfall auf den Irak im Jahr 2003 [s. <https://www.medialens.org/bookshop/propaganda-blitz/>] spielte Biden eine Schlüsselrolle. John Feffer und Stephen Zunes haben in einem unter https://fpif.org/biden_iraq_and_obamas_betrayal/ aufzurufenden Artikel später geschrieben: "Aus seiner starken Position als Stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschuss des Senates hat Biden eine Propagandaschau inszeniert, um seinen Kollegen im Senat und der US-Öffentlichkeit den Krieg als unvermeidbar zu suggerieren und abweichende Meinungen zu diskreditieren."

Während seiner letzten zwölf Jahre im Senat hat Biden nie gegen einen Militärhaushalt gestimmt. Als Vizepräsident unter dem "Friedenspräsidenten" Obama, der das Komitee, das den Friedensnobelpreis vergibt, mit seiner Rede zum Narren gehalten hat [s. <https://consortiumnews.com/2009/12/1109b.html>], gehörte Biden als führendes Mitglied einer Regierung an, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Militärausgaben auf Rekordhöhe geschraubt und mehr Bomben und Raketen gegen mehr Staaten eingesetzt hat [s. https://original.antiwar.com/nicolas_davies/2017/01/18/obamas-bombing-legacy/] als Bush und Cheney.

Für Biden spricht nur, dass er 2011 gegen die Militäroperation stimmte, die einen Regimewechsel in Libyen herbeiführen sollte [s. <https://www.politico.com/story/2016/06/joe-biden-libya-wrong-224595>], das Land aber nur ins Chaos stürzte. Biden war auch gegen die Entsendung zusätzlicher US-Truppen nach Afghanistan, unterstützte aber den Strategiewechsel weg von mehr US-Besatzungstruppen zu einem verstärkten Einsatz von Bomben und Raketen, verdeckten Operationen und Stellvertreterkriegen, der unter Obama begann und von Trump fortgesetzt wird [s. <https://foreignpolicy.com/2010/10/22/this-week-at-war-the-biden-plan-returns/>].

Das fortschreitende Chaos, das die USA mit ihren Kriegen im Mittleren Osten, der Inszenierung von Guerillakriegen in Afrika [s. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/06/sahel-soldiers-rampage-through-villages-killing-people/>] und mit den Ruinen und den ungezählten Gräbern in Städten wie Ramadi, Kobane, Mossul und Raqqa im Irak und in Syrien angerichtet haben [s. dazu auch <https://www.seattletimes.com/nation-world/iraqi-city-of-ramadi-once-home-to-500000-lies-in-ruins/> , <https://www.seattletimes.com/nation-world/iraqi-city-of-ramadi-once-home-to-500000-lies-in-ruins/> , <https://www.middleeasteye.net/news/mosuls-bloodbath-we-killed-everyone-men-women-children> und <https://www.raqqasl.com/en/?p=2537>], ist ein beschämendes Zeugnis für die brutale Kriegspolitik der Regierungen unter Obama und Trump.

Diesen beiden Präsidenten ist es gelungen, die Verluste der US-Streitkräfte so stark zu reduzieren, dass ihre Kriege fast aus dem Fernsehen und aus den sozialen Medien der USA verschwunden sind – auf Kosten hunderttausender größtenteils unbeachteter ziviler Toten [s. <https://www.middleeasteye.net/news/more-babies-fighters-died-conflicts-between-2013-and-2017-report>].

Bidens Anmaßung, die Welt brauche die USA als Führungsnation, wirkt wie die Pointe eines geschmacklosen Witzes – angesichts des kläglichen Versagens aller US-Politiker im Umgang mit der COVID-19-Pandemie, auf die Staaten wie China, Neuseeland, Vietnam, Deutschland, Kuba und andere viel wirksamer reagiert haben, weil ihnen die Gesundheit ihrer Bürger wenigsten für kurze Zeit wichtiger als das Profitstreben der Wirtschaftsbosse war [s. <https://www.nytimes.com/interactive/2020/world/coronavirus-maps.html>].

In den USA wurde die Pandemie sofort politisiert und als willkommene Gelegenheit für finanzielle Zuwendungen an Konzerne genutzt [s. <https://www.commondreams.org/news/2020/03/25/senate-corporate-bailout-package-robbery-progress-warn-critics>]; weil die Gesundheit der US-Bürger für die US-Politiker zweitrangig war, kümmerten sie sich vor allem um die Sicherung der Konzernprofite, den Wert ihrer Aktien und ihre eigenen politischen Interessen [s. weitere Infos dazu unter <https://www.voanews.com/science-health/coronavirus-outbreak/trump-downplayed-coronavirus-threat-throughout-february> und <https://review.chicagobooth.edu/economics/2020/article/don-t-fall-false-trade-offs-covid-1>].

Im Juni – fünf Monate nach Ausbruch der Pandemie – hatten die USA erst 37.000 Sachbearbeiter zum Aufspüren von Infizierten [s. <https://www.npr.org/transcripts/879787448>], nur etwas mehr als ein Drittel der 100.000, die Gesundheitsexperten als Minimum empfohlen hatten. Schon im März hatte Tom Frieden, der ehemalige Direktor der Centers for Disease Control and Prevention (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Centers_for_Disease_Control_and_Prevention) darauf hingewiesen, dass mindestens 300.000 Aufspürer von Infizierten gebraucht würden, wenn die USA dem Beispiel Chinas in Wuhan folgen wollten [s. <https://www.thinkglobalhealth.org/article/new-normal-covid-19-next-steps-we-must-take>].

Jetzt haben wir eine ganze Welle von COVID-19-Fällen im Westen und Süden der USA, und einen tragischen Anstieg der Todesopfer – und kein Ende ist in Sicht [s. <https://www.nytimes.com/interactive/2020/us/coronavirus-us-cases.html>].

In Wirklichkeit waren die USA in den letzten Jahren das Haupthindernis auf dem Weg der Welt in eine bessere Zukunft.

Die USA haben insgesamt 47 internationale Verträge nicht unterzeichnet, unterzeichnet, aber nicht in Kraft gesetzt oder aufgekündigt. Dazu gehören außer der UN-Kinderkonvention (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/UN-Kinderrechtskonvention>), dem Übereinkommen über Streumunition (s. [3/8](https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cbereinkommen_%C3%BC-</p></div><div data-bbox=)

[ber_Streumunion](#)) und dem Pariser Klimaabkommen (s. <http://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/l09r01.pdf>) auch das von Trump gekündigte Atomabkommen mit dem Iran [s. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/ausenpolitik/laender/iran-node/wiener-nuklearvereinbarung-atomprogramm-iran/202458>) und sein Rückzug aus der WHO während der COVID-19-Pandemie (außerdem der ABM-Vertrag, s. <https://de.wikipedia.org/wiki/ABM-Vertrag> , der INF-Vertrag, s. <https://de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag> und der Open-Skies-Vertrag, s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_%C3%BCber_den_Offenen_Himmel).

US-Politiker versuchen ihren äußerst leichtfertigen Umgang mit internationalen Verträgen mit parteipolitischen Streitigkeiten zu rechtfertigen; andere Staaten, deren Parteien auch unterschiedliche Meinungen zu geschlossenen Verträgen haben, schaffen es aber trotzdem Verträge zu ratifizieren, mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten und eine positive Rolle in der internationalen Gemeinschaft zu spielen.

Nur die USA verhalten sich wie ein verzogenes Kind, beanspruchen den besten Platz am Tisch, bevor sie sich zur Kooperation bereit erklären, betreiben dann aber nur Obstruktion (s. <https://truthout.org/articles/global-climate-actions-biggest-obstacle-is-us-foreign-policy/>]. Die USA haben die Umsetzung der zweiten Phase des Kyoto-Protokolls (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Kyoto-Protokoll>) zum Klimawandel hintertrieben und beim Pariser Abkommen (s. https://ec.europa.eu/clima/policies/international/negotiations/paris_de) auf Freiwilligkeit und unverbindlichen Zielen bestanden. Dann haben die USA ihre Öl- und Gasproduktion auf das bisher höchste Niveau gesteigert [s. <https://www.eia.gov/todayin-energy/detail.php?id=38992>] und sich aus dem Abkommen zurückgezogen.

Kein einzelner Staat kann derzeit die Weltwirtschaft und den Welthandel noch allein beherrschen. Die Wirtschaftskraft und das Handelsvolumen der USA, Chinas und der Europäischen Union sind etwa gleich stark, das Bruttoinlandsprodukt und das Handelsvolumen dieser drei größten Wirtschaftsräume macht zusammengenommen aber nur etwa 45 Prozent der Wirtschaftskraft und des Außenhandels der gesamten Welt aus. Die heutige Welt umfasst 196 Staaten, ist multipolar und die Milliarden Menschen, die auf ihr leben, sind auf Zusammenarbeit angewiesen und müssen ihre Zukunft gemeinsam gestalten.

Weil sie mit ihrer obstruktiven Politik und ihren völkerrechtswidrigen Schieß- und Wirtschaftskriegen der Weltgemeinschaft nur Probleme bereiten, die unbedingt gelöst werden müssen, bevor sie noch mehr Schaden anrichten, steht den USA keinesfalls eine führende Rolle zu.

Die älteren US-Bürger, von denen Biden gewählt werden will, erinnern sich angesichts der fatalen Politik der letzten US-Präsidenten wehmütig an die Zeit, als der vielversprechende junge Präsident John F. Kennedy das weiße Haus für kurze Zeit wie ein neues Camelot (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Camelot>) erstrahlen ließ.

Auf Schloss Camelot soll der sagenumwobene Königs Artus seine Ritter und Gäste um einen runden Tisch versammelt haben, an dem alle gleichberechtigt waren. Die Glorifizierung Kennedys als König Artus lässt ihn bis heute trotz seiner privilegierten Herkunft als sehr volksnah erscheinen.

Wir empfehlen Biden und seinen außenpolitischen Beratern dringend, nicht länger zu behaupten, die problematische Politik der USA habe erst mit Trump begonnen, und die Forderung aufzugeben, ihm stehe, wenn er zum Präsidenten gewählt werden sollte, wegen der militärischen Überlegenheit der USA automatisch der Vorsitz am Tisch aller Staaten der Welt zu.

Bidens bisherige Willfährigkeit gegenüber dem militärisch-industriellen Komplex spricht allerdings nicht dafür, dass er der "friedensstiftende König Artus" sein könnte, den wir dringend bräuchten. Sollte Biden gewählt werden, müssen sich die friedliebenden US-Bürger auch weiterhin dafür einsetzen, dass die völkerrechtswidrigen Kriege der USA endlich aufhören, bevor sie noch größeren Schaden anrichten können.

Nicolas J. S. Davies (s. <https://www.commondreams.org/author/nicolas-js-davies>) ist der Autor des Buches "Blood On Our Hands: the American Invasion and Destruction of Iraq" (Blut an unseren Händen: Die Invasion und Zerstörung des Iraks durch die USA). Er stellt Nachforschungen für CODEPINK - Women for Peace (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Code_Pink) an und ist freiberuflicher Schriftsteller.

Medea Benjamin (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Medea_Benjamin) ist eine der Direktorinnen der Friedensgruppe CODEPINK. Ihr letztes Buch hat den Titel "Inside Iran: The Real History and Politics of the Islamic Republic" (Der Iran: Die tatsächliche Geschichte und Politik der Islamischen Republik).

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern waren bereits im Originaltext enthalten, den wir anschließend abdrucken. Als ergänzende Lektüre empfehlen wir die unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP04819_190419.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP11819_141019.pdf aufzurufenden LUFTPOST-Ausgaben.)



Joe Biden's Misguided Bid for American Supremacy

The former Vice President's view of foreign policy is deeply out of touch with a multipolar world, and America's place in it.

By Nicolas J S Davies, Medea Benjamin

July 24, 2020

In a Foreign Affairs article in March titled "Why America Must Lead Again," Joe Biden claimed that "the world does not organize itself," and promised to "place the United States back at the head of the table" among the nations of the world.

But Biden's premise that the world can only be organized under the direction of the United States, and that the country should aspire to such a dominant position at this moment in history, are out of touch with global reality. It is a view Americans should challenge if we want to avoid endless wars and a debilitating new arms race.

Highlighting these dangers, Biden's Foreign Affairs article appeared with a huge photo of U.S. troops firing heavy artillery into a town in Afghanistan at the height of Obama's escalation of that war in June 2011.

An in-depth report in Defense One on June 30, based on interviews with dozens of Biden insiders, explained how his foreign policy views have reassured military-industrial interests that were worried by the impact of the growing progressive movement on the Democratic Party.

“Biden may not radically change the nation’s military,” Defense One concluded, “or even slash the bottom line of the Pentagon’s \$700 billion budget.”

These conclusions are consistent with Biden’s record as a Senator and Vice President. Biden only once voted against a U.S.-led war, the first Gulf War in 1991. And that was largely a party line vote, in which 45 out of 55 Democratic Senators voted against the use of military force to overturn Iraq’s invasion of Kuwait, at the behest of its royal family.

But Biden seems to have learned a perverse lesson from that war, since he later expressed regret for his vote and never voted against a war again. The next time Congress voted on a bill to authorize the use of military force, over Kosovo in 1999, Biden wrote the bill himself. His war bill failed in the House in a rare 213-213 tie, but the United States and NATO attacked Yugoslavia anyway, in a war that was illegal under both U.S. and international law.

As the bombing campaign escalated, killing thousands of civilians and destroying civilian infrastructure from Kosovo to Belgrade, United Nations Secretary General Kofi Annan warned that the United States and NATO’s decision to go to war without U.N. Security Council approval had set the world “on a dangerous path to anarchy.” Biden responded, “Nobody in the Senate agrees with that. There is nothing to debate. He is dead, flat, unequivocally wrong.”

Biden then played a key role in the propaganda blitz for the 2003 invasion of Iraq. As John Feffer and Stephen Zunes wrote later, “In his powerful position as chair of the Senate Foreign Relations Committee, he orchestrated a propaganda show designed to sell the war to skeptical colleagues and the American public by ensuring that dissenting voices would not get a fair hearing.”

During his final twelve years in the Senate, Biden never once voted against a military spending bill. As Vice President, despite the illusion of Obama as a “peace President,” which even fooled the Nobel Peace Prize Committee, Biden was a senior member of an administration that set a post-World War II record for military spending and dropped more bombs and missiles on more countries than Bush and Cheney did.

To Biden’s credit, he did oppose the 2011 regime change operation that plunged Libya into endless chaos. Biden also argued against sending more U.S. troops to Afghanistan, but then supported a policy shift from large-scale U.S. occupations to a greater reliance on bombing, shelling, and covert and proxy war, which Obama adopted and Trump has continued.

The continuing chaos caused by the United States’ wars in the Middle East, the guerrilla wars now raging across much of Africa, and the rubble and unmarked graves of Ramadi, Kobane, Mosul, Raqqa and other cities in Iraq and Syria are a damning testimony to the Obama and Trump Administrations’ war policies.

They have succeeded in reducing U.S. casualties and shifting America’s wars off our TV and computer screens, at the cost of hundreds of thousands of largely uncounted civilian deaths.

In fact, Biden’s claim that the world needs America to lead it now seems like the punchline to a bad joke, considering that the United States can’t deal with a pandemic that China, New Zealand, Vietnam, Germany, Cuba, and other better-organized societies have already contained—simply by prioritizing the health of their people over business interests for a relatively short period of time.

In the United States, the pandemic was instantly politicized and exploited as a new opportunity for corporate bailouts. U.S. leaders cavalierly treated the health of the public as secondary to the “economy,” a euphemism for corporate profits and stock prices, and their own political interests.

In June, months into the pandemic, the United States still had only 37,000 contact tracers, barely a third of the 100,000 minimum that public health experts advised. By April, the former director of the Centers for Disease Control and Prevention, Tom Frieden, pointed out that the United States would need 300,000 contact tracers if it was to match the scale of China’s response in Wuhan.

Now a surge in new cases, across the Western and Southern United States, has inevitably led to a tragic ever-rising death toll, with no end in sight.

In reality, the United States has been the main obstacle to the world organizing in recent years.

There are forty-seven multilateral treaties that the United States has either not signed, signed but not ratified, or withdrawn from. They range from the Convention on the Rights of the Child to the Convention on Cluster Munitions to the Paris Agreement on Climate Change. And this list doesn’t include Trump’s disastrous decision to pull out of the nuclear agreement with Iran, or his withdrawal from the World Health Organization in the midst of a pandemic.

U.S. leaders blame their abysmal record of international obstruction on partisan politics, but other countries with contentious domestic politics somehow manage to ratify treaties, cooperate with the United Nations and play a part in international affairs.

Only the United States acts like a spoiled child, demanding a seat at the head of the table before it will cooperate on anything—and then still refuses to cooperate. The U.S. undermined the second phase of the Kyoto Protocol on climate change, insisting instead on voluntary, non-binding targets in the Paris Agreement. Then, as the U.S. boosted its oil and gas production to their highest levels ever, it withdrew from the agreement anyway.

In economic terms, no single country dominates today’s world economy or international trade. The United States, China, and the European Union are roughly equal in the size of their economies and their international trade, but even the combined GDP and external trade figures for all three only account for about 45 percent of the world’s trade and economic activity. The world we live in today is a diverse, multipolar world of 196 countries, where billions of people live, work, and interact with each other, and all deserve a voice in our common future.

Far from earning the U.S. a position of privilege and authority among nations, the U.S.’s non-cooperation and illegal military and economic warfare are serious problems that the American people and the world must address and peacefully resolve before it does even greater harm.

Amid all of the rancor of U.S. politics, many of the older Americans who are Biden’s base in the Democratic Party wistfully remember President Kennedy and the much mythologized “brief shining moment” when a young, glamorous President turned the White House into a vision of Camelot, and everything seemed possible.

The most powerful symbol of the original Camelot was King Arthur’s Round Table, at which he and all his knights and guests sat as equals. This identification of Kennedy with

King Arthur was a symbol of his popular image as a man of the people—despite his privileged background.

So, here's an idea for Biden and his foreign policy advisors: Stop pretending that all of America's problems began with Trump, and that our failed bid for global military dominance has somehow earned our next President a "seat at the head of the table" when he sits down with his counterparts from the rest of the world.

Unfortunately, Biden's past loyalty to the military-industrial complex does not bode well for the kind of leadership we need. So if Biden is elected, it will be up to peace-loving Americans to demand an end to the United States' illegal military and economic warfare, before it does even greater harm.

Nicolas J S Davies is the author of "Blood On Our Hands: the American Invasion and Destruction of Iraq." He is a researcher for CODEPINK: Women for Peace, and a freelance writer.

Medea Benjamin is co-director of the peace group CODEPINK. Her latest book is Inside Iran: The Real History and Politics of the Islamic Republic.

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern